

Die unvorbereitete Nation

Stand: 07:47 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Ulf Poschardt**
Chefredakteur



WELT-Chefredakteur Ulf Poschardt

Quelle: Claudio Pflug

Deutschland wird wirtschaftlich abgehängt, aber keinen interessiert es. Statt gegenzusteuern, predigt die grün dominierte Ampel den Verzicht, gängelt Leistungsträger und blamiert sich international mit der Energiewende. Wie sollen wir so die nächsten Herausforderungen bestehen?

Das Klügste an Deutschland formuliert in der Regel der Volksmund: Aus Schaden wird man klug. Oder: Man kann nur ausgeben, was man verdient. Oder: Ohne Fleiß kein Preis.

Der sogenannte Volksmund hat nichts zu melden. Er steht im Verdacht, weil er nicht in den weltanschaulichen Komplizenschaften verstrickt ist, die dem Land demnächst ökonomisch das Genick brechen könnten. Die viel bemühte Weisheit der schwäbischen Hausfrau hat zur höchsten Sparquote geführt und, nach den Erfahrungen der Staatsschuldenkrise, zu einer vernünftigen Haushaltspolitik.

Abgesehen von den „frugalen Vier“ (mit Dänemark, Schweden, Österreich und den Niederlanden) hat das in Europa niemanden interessiert – und so sorgte die EZB mit Anleihenankäufen und billigstem Geld für eine Entwertung des Vermögens der emsigen deutschen Sparer und Rentenvorsorglinge ([/finanzen/plus239577829/Neue-Euro-Krise-Den-Inflationsstopp-kann-sich-die-EZB-nicht-](https://www.welt.de/finanzen/plus239577829/Neue-Euro-Krise-Den-Inflationsstopp-kann-sich-die-EZB-nicht-)

leisten.html). Notenbanker wie Jens Weidmann, die das vornehm und zurückhaltend beklagt haben, blieben unter den verschiedenen Merkel-Regierungen weitgehend ohne Rückhalt. Die Konsequenz sind eine monströse Inflation und ein drastischer Euro-Verfall.

In den Krisen seit 2007 wurde nur zu regelmäßig mit üppigem Staatsgeld und einer willfährigen EZB für Ruhe auf Pump gesorgt. Die Reformen blieben weitgehend aus – oder wurden gar, insbesondere in Deutschland, zurückgedreht. Das Sparen ist unbequem, das Schuldenmachen bequem. Noch bequemer wird es, wenn die vernünftigen Stimmen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik von Medien und Kulturbetriebsnudeln als kühl, herzlos, unsozial, rechts etc. diffamiert werden.

Religiöse Begriffe wie „Solidarität“

Sind kritische Stimmen erst einmal delegitimiert, röhrt sich kein Widerspruch mehr bei Projekten, die progressiv sein sollen, aber vor allem Leistungsträger bestrafen, während Nichtanstrengung belohnt wird. Immer seltener gilt: Jeder ist seines Glückes Schmied.

Trotz 2,36 Millionen Arbeitslosen werden an den Flughäfen Gastarbeiter eingeflogen, weil diese Arbeit hiesigen Transferempfängern offenbar nicht zumutbar ist

(/wirtschaft/plus239802865/Arbeitskraeftemangel-Wir-brauchen-eine-Hartz-IV-Reform.html).

Ähnliches gilt für die Rentenpolitik, die mit dem absurd frühen Renteneintrittsalter gegen jeden Common Sense verstößt und damit das Gegenteil von nachhaltig darstellt. Je absurder der Zusammenhang, desto religiöser werden Begriffe wie „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ bemüht, die nur notdürftig kaschieren, wie viel Sozialpopulismus und Wählerkorrumplierung dahinter durchschimmern.

Und das Land altert wacker vor sich hin, so können gegen Rentner längst keine Wahlen mehr gewonnen werden. Wobei ich aus Leserbriefen weiß, dass es sehr viele engagierte Rentnerinnen und Rentner gibt, die nicht wollen, dass ihre Kinder und Enkel für die rentenpolitischen Sünden der aktuellen Politik bezahlen sollen.

Gerne ziehen die Deutschen über die USA her. Das gespaltene Land, der Wildwest-Kapitalismus, die Waffen! Doch egal, wie gespalten Amerika sein mag, die Wirtschaft läuft. Der Dollar ist stark, und selbst ein eher alter und schwacher Präsident wie Joe Biden führt souveräner als so mancher junger Moraldarsteller in Europa. Amerikanische Venture-Capital-Geber können hier demnächst zum Schnäppchenpreis einkaufen. Erstmals seit 1991 ist die deutsche Handelsbilanz ins Minus gerutscht – und keine deutsche Firma ist mehr unter den Top 100 der weltweit wertvollsten Unternehmen. Aber es interessiert niemanden mehr.

Mittelschicht, die sich zu Höherem berufen sieht

Stattdessen stehen Kulturkämpfe im Mittelpunkt aufgeregter Debatten, die man sich auch erst einmal leisten muss. Die Gesellschaft soll auf Betreiben der Grünen umgebaut werden

([/politik/deutschland/article239804747/Gesellschaftspolitik-Mal-eben-schnell-Deutschland-umkrepeln.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article239804747/Gesellschaftspolitik-Mal-eben-schnell-Deutschland-umkrepeln.html)), und da geht es dann auch an die eingemachtesten Vorstellungen von Glück, Liebe und Familie. Und das mit einer Brutalität, die sich gerne passiv-aggressiv auslebt, gerne aber auch in einer Rigorosität, die von der neuen Diskriminierungsbeauftragten Ferda Atamann ebenso vorgelebt wird wie vom Queer-Beauftragten Sven Lehmann. In ihren Apparaten werden unzählige Aktivisten verbeamtet. Dahinter stehen Rollenmodelle lieblich anmutender Härte. Die Phänomenologie der Familienministerinnen der Grünen, Frau Spiegel und Frau Paus, illustriert ein Milieu der gehobenen Mittelschicht, die sich selbst stets zu Höherem berufen sah.

Die Grünen sind die Partei des satten Beamtentums und der NGOs, die zunehmend vom Steuergeld finanziert werden. Sie sind die Partei der Medien, die öffentlich-rechtlich finanziert werden, und der Kirchen, die von Kirchensteuern leben. Nach dem evangelischen Kirchentag ist nun auch der Katholikentag ein Line-Extender der Grünen-Parteitage geworden

([/debatte/kommentare/plus239037673/Deutscher-Katholikentag-Nur-noch-in-Spuren-wie-ein-Glaubensereignis.html](https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus239037673/Deutscher-Katholikentag-Nur-noch-in-Spuren-wie-ein-Glaubensereignis.html)).

Es ist eine homogene Angelegenheit, die jeden klassisch linken Soziologen amüsiert hätte. Wenn es noch solche gibt, die zumindest ahnen, dass die Fixierung auf Staatsdiener und deren Lebenslügen für eine zu Innovation und Wachstum verpflichtete Volkswirtschaft nichts Gutes ist. Staatsdiener wie Jens Kerstan, Umweltsenator in Hamburg, der selbst ein Einfamilienhaus besitzt, solche künftig aber in der Hansestadt verbieten will ([/wirtschaft/plus239735797/Das-Ende-des-Einfamilienhauses-Die-gruene-Idee-hat-jetzt-gute-Chancen.html](https://www.welt.de/wirtschaft/plus239735797/Das-Ende-des-Einfamilienhauses-Die-gruene-Idee-hat-jetzt-gute-Chancen.html)).

Der gerne wirtschafts- und bürgerfeindliche Berliner Senat erlaubt den Regierungsmitgliedern, den Dienstwagen jetzt auch im Urlaub zu nutzen. Da wird es dann fast lustig. Und man muss nicht ewig die Vielfliegerei grüner Chefaktivistinnen bemühen. Es ist ein bisschen wie in einer schlechten Sitcom aus Deutschland.

Als Krönung erscheint die deutsche Energiewende, die weltweit belächelt wird. Angst ist kein guter Ratgeber, weiß der Volksmund. In der deutschen Politik führt sie tatsächlich zu kuriosen Entscheidungen. Nach einem mittleren AKW-Unfall in Japan hat eine umfragegetriebene schwarz-gelbe Regierung die Energiewende angeschoben, die uns nun krachend auf die Füße fällt. Das „Wall Street Journal“ sprach bereits 2019 von der „World’s Dumbest Energy Policy“ (<https://www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424>).

Und anstatt das jetzt vor dem Hintergrund eines brutalen Angriffskrieges in Europa, der auch das Ergebnis mieser Merkelscher Außenpolitik ist, zu korrigieren, werden Atomkraftwerke abgeschaltet, können Kohlekraftwerke länger laufen, und die naheliegende (und von Wissenschaftlern ziemlich unisono empfohlene ([/wirtschaft/article239292399/Energieversorgung-Experten-wollen-Fracking-auch-in-Deutschland.html](#))) Fracking-Technologie bleibt verboten. Obwohl wir damit unseren Gas-Durst selbst löschen könnten.

Deutschland wird bei der aufziehenden Rezession krachend auf die Nase fliegen. Die Optimisten glauben, dass sich der Mindset und auch die politische Landschaft schnell neu sortieren. Die Realisten aber sprechen vom ersten Abstieg, von dem wir uns unter Umständen nicht mehr erholen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  5217 NEIN  204

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239919949>